

## **Protokoll Nr. 35 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen**

Sitzungstag: 09.04.2026      Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr      Sitzungsende: 21:54 Uhr      Sitzungsort:  
Bürgerhaus Hemelingen  
Godehardstraße 4  
Sitzungssaal (großer Anbau)

### Anwesend:

#### Vom Ortsamt

Jörn Hermening  
Marc Liedtke

#### Vom Beirat

Kerstin Biegemann  
Ralf Bohr  
Jens Dennhardt  
Hans-Peter Hölscher  
Heinz Hoffhenke  
Tom Hundak  
Uwe Jahn  
Yunas Kaya  
Dr. Christian Kornek  
Elisabeth Laß  
Waltraut Otten  
Ingo Tebje  
Reinhard Zwilling

#### Referent: innen / Gäste

Niels Kohlrausch (SGFV)  
Janina Tessloff (Stark strukturierte Einrichtung Bremen gGmbH)  
Claudia Schulze (SBMS)  
Mareen Heppner (BPW)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

**TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.03.2026 und Rückmeldungen**

**TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten**

**TOP 3: Vorstellung Beratungsangebot Anpassung an den Klimawandel **entfällt!****

**TOP 4: Planungen für eine psychiatrische Einrichtung in der Vahrer Straße 249**

**TOP 5: Bebauungsplan 2566 Alte Süßwarenfabrik**

**TOP 6: Antrag der CDU-Fraktion: Verschärfung der Aufsichts- und  
Transparenzstandards bei berufsständischen Versorgungswerken**

**TOP 7: Beiratsverschiedenes**

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung und informiert die Anwesenden darüber, dass der Tagesordnungspunkt (TOP) 3 aufgrund eines internen Absprachefehlers des Ortsamtes entfällt und in einer späteren Sitzung nachgeholt werden soll.

Ralf Bohr bringt einen Vorschlag zur Änderung der Tagesordnung ein:

Aufgrund des Fehlens des Stadtteilbezugs, schlägt die Fraktion der Grünen vor, den Tagesordnungspunkt 6 zu streichen.

Dr. Christian Kornek entgegnet, dass die CDU-Fraktion in der Vergangenheit ebenfalls Themen ohne unmittelbaren Bezug zum Stadtteil zugelassen habe, und verweist hierzu exemplarisch auf das Thema „Umgang mit der AfD“.

Ingo Tebje vertritt die Auffassung, dass dieses Beispiel nicht vergleichbar sei. Bei dem vorliegenden Thema handele es sich um eine rentenpolitische Fragestellung, mit der sich die Stadtbürgerschaft befassen sollte und nicht um eine Angelegenheit des Stadtteils.

Hans-Peter Hölscher erklärt, dass die SPD-Fraktion auch keinen Stadtteilbezug erkennen kann und sieht das Thema ebenfalls in der Bürgerschaft richtig platziert.

Dr. Christian Kornek entgegnet, dass die betroffenen Menschen ebenfalls im Stadtteil wohnen würden.

Ralf Bohr stellt den Antrag auf Ende der Rednerliste.

Abstimmung: Zustimmung (9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Eine Person ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

Jörn Hermening merkt an, dass er als Sitzungsleitung ein inhaltliches Problem mit der Änderung der Tagesordnung habe, da der Antrag der CDU-Fraktion ordnungsgemäß 14 Tage vor der Sitzung im Ortsamt eingereicht worden sei. Daher sei dieser gemäß Geschäftsordnung auch zu behandeln.

Hans-Peter Hölscher gibt bekannt, dass die SPD-Fraktion an der Abstimmung teilnehme.

Ralf Bohr zieht den Antrag zurück. Der Tagesordnungspunkt wird ordnungsgemäß aufgerufen.

Da zu dem mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Beiratsmitgliedern keine weiteren Änderungs-/Ergänzungswünsche geäußert werden, gilt dieser mit Streichung des TOP 3 als beschlossen.

## **TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.03.2026 und Rückmeldungen**

Jörn Hermening weist auf zwei Änderungsvorschläge hin: Die Abstimmung über die Tagesordnung fehlt. Die Abstimmung in TOP 5 zur Überweisung des Antrags in den Umweltausschuss ist eine Ablehnung und keine Zustimmung.

Beide Mängel werden vom Ortsamt geändert.

Das Protokoll der Sitzung vom 05.03.2026 wird mit einpflegen der Änderungen genehmigt.

### Rückmeldungen

### Nachgereichte Antwort zum aktuellen Sachstand Sanierung BZA Hemelingen

Antwort von IB vom 12.03.:

*„[...] die Gesamtkosten belaufen sich gem. aktueller Planungsunterlage auf 8,715 Mio. €. Da wir hier im Bestand bauen, sind auch immer mit Mehrkosten, oder Preissteigerungen im Zuge der Sanierung zu rechnen.*

*Auf die Mittel des SJK werden wir nicht verzichten.*

*Sollten nicht alle Mittel aus dem LuKIFG benötigt werden, melden wir einen Minderbetrag.“*

#### Nachgereichte Antwort Gewerbegebiet Bremer Kreuz

*„[...] Bezüglich der Frage zur Dekarbonisierung kann ich Ihnen mitteilen, dass mir keine lokalen Initiativen bekannt sind, die Wärmeversorgung im Gebiet zu dekarbonisieren.*

*Weiterhin können Sie gerne meine Kontaktdaten an Frau Atac hinsichtlich der Schulkoooperation weiterleiten. Vielleicht finde sich noch mehr interessierte Schulen, die bereit sind die Ausbildungsbetriebe im Bremer Kreuz kennenzulernen.“*

#### auf Beiratsbeschlüsse

Aus dem FA BJS vom 19.02.:

#### 019-2026-BJS Zukunft des Familienzentrums Mobile

Antwort von SASJI vom 08.04.:

- Die grundlegende Struktur sowie die wesentlichen Personalstellen bleiben erhalten und stehen nicht zur Disposition. Hierzu zählen die Stellenanteile über das Haus der Familie, die Frühberatung, das Förderprogramm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) sowie die Beratungsstelle „Ankommen im Quartier“ (AiQ).
- Das Haus wird weiterhin über die Fördersäulen Mehrgenerationenhaus (Bundesprogramm), Quartierszentren sowie „Ältere Menschen im Quartier“ im Landesprogramm Lebendige Quartiere (LLQ) sowie weitere Programmmittel finanziert.
- Der Senator für Kinder und Bildung prüft derzeit die Etablierung eines das Regelsystem der Kindertagesbetreuung flankierenden Systems mit Start zum Kindergartenjahr 2027/28. Betreuungsangebote von Kita-Einstiegshaus, Moki, Häusern der Familie und „Soziales Lernen im Quartier“ sollen darin überführt und dauerhaft abgesichert werden. Für das Kindergartenjahr 2026/27 wird zudem nach Auslaufen der bisherigen sozialpädagogischen Spielkreise ein Übergangsangebot in den Häusern der Familie geprüft.
- Auch seitens des Jobcenters Bremen besteht Interesse an einer Fortführung der Förderungen. Es befindet sich hierzu in regelmäßigem Austausch mit dem Mobile. Grundsätzlich ist nach Auskunft des Jobcenters eine Wiederbesetzung der Stellen im Familienzentrum Hemelingen möglich, derzeit jedoch nicht höher priorisiert als andere Stellen.

#### **TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten**

Eine Bürgerin aus dem Wilhelm-Busch-Viertel erkundigt sich, wer bei einzelnen Mängeln im Zuge der Verlegung von Glasfaserkabeln zuständig ist und an welche Stelle sich Bürger:innen wenden können. Sie verweist auf Fälle in Bremen, in denen Gasleitungen

beschädigt worden seien. In ihrem Fall sei das Telefonkabel betroffen. Zudem gebe es Probleme im Bereich der Wege, da das Wasser nicht ordnungsgemäß abfließe und die Asphaltierung noch nicht abgeschlossen sei.

AW: Jörn Hermening erläutert, dass die Netzbetreiber verschiedene Subunternehmen beauftragen. Das ASV nehme die Baustellen grundsätzlich ab, jedoch sei es in jüngster Vergangenheit wiederholt vorgekommen, dass sich Steine im Nachgang gelöst hätten. Das Problem mit dem Wasser habe er weitergegeben. Ansprechpartner sei die swb AG. Möglicherweise bestehe in diesem Fall ein Anspruch auf Schadensersatz. Das Ortsamt behalte das Thema im Blick.

Zwei weitere Bürgerinnen stellen eine neue Vereinsgründung vor. Der Verein ist gemeinnützig ausgerichtet und beabsichtigt, langfristig Projekte umzusetzen, die dem Gemeinwohl dienen und den sozialen Zusammenhalt stärken. Geplant ist, in der Dammerbergstraße 14 einen lebendigen Ort für Naturerfahrung und Begegnung zu schaffen. Hierfür bestehen bereits Kooperationen mit dem NABU sowie dem Arbeitskreis Integration; zudem befinden sie sich im Austausch mit dem Mobilen Dienst und der Arberger Mühle. Es bestehe ein dringender Bedarf an einer barrierefreien Toilette. Hierzu sei sowohl ein Globalmittelantrag als auch ein Antrag auf Förderung über „Bingo!“ gestellt worden.

Eine weitere Bürgerin, Anwohnerin der Vahrer Straße, weist darauf hin, dass derzeit nicht ausreichend Parkplätze vorhanden seien. Aktuell stünden 24 Stellplätze zur Verfügung, die tagsüber ausgelastet seien. Sie erkundigt sich, wie sich die Situation in den Nachtstunden darstelle.

AW: Jörn Hermening sichert zu, das Thema aufzunehmen und im Mobilitätsausschuss zu behandeln.

Die Geschäftsführerin des Bürgerhauses Hemelingen weist auf den Hemelinger Markt am 13.06. hin. Das diesjährige Thema lautet „Märchenhaftes Hemelingen“. Das Lichterfest wurde aufgrund des „Tag der Deutschen Einheit“ auf den 01.10. vorverlegt.

Ein Bürger aus der Traberstraße erkundigt sich, ob es möglich sei, die Vahrer Straße bis zum ehemaligen Realgelände in eine Tempo-30-Zone umzuwandeln, da es dort wiederholt zu Unfällen komme. In anderen Stadtteilen gebe es vergleichbare Straßen mit Tempo 30, in denen die Lärmbelastung geringer sei.

Jörn Hermening erklärt hierzu, dass diese Fragestellung in der heutigen Sitzung nicht behandelt werde. Das Thema werde im zuständigen Mobilitätsausschuss aufgegriffen und dort beantwortet. Der Beirat stehe entsprechenden Vorschlägen grundsätzlich offen gegenüber. Eine Zusage könne jedoch nicht gemacht werden, da die Entscheidung beim ASV liege.

Eine weitere Bürgerin bestätigt die Ausführungen des vorangegangenen Bürgers und berichtet von eigenen kritischen Situationen. Darüber hinaus äußert sie ihre Besorgnis hinsichtlich des geplanten Baus einer psychiatrischen Einrichtung, der im folgenden Tagesordnungspunkt behandelt wird. Sie wohne in unmittelbarer Nähe des vorgesehenen Grundstücks und weist darauf hin, dass in der Nachbarschaft auch kleine Kinder leben.

Eine weitere Bürgerin, Inhaberin einer physiotherapeutischen Praxis in der Vahrer Straße, berichtet, dass dort teilweise auch Autorennen stattfänden. Zudem bittet sie darum, die Schaltzeiten der Bedarfsampel in der Nähe der Tankstelle anzupassen, da Fußgängerinnen und Fußgänger derzeit bis zu fünf Minuten auf eine Grünphase warten müssten.

Jörn Hermening sagt zu, diesbezüglich beim ASV nachzufragen, und bittet die Bürgerin, die Problematik zusätzlich per E-Mail an das Ortsamt zu schildern.

### **TOP 3: Vorstellung Beratungsangebot Anpassung an den Klimawandel**

Der Top entfällt.

### **TOP 4: Planungen für eine psychiatrische Einrichtung in der Vahrer Straße 249**

Zu diesem Thema sind Niels Kohlrausch (SGFV) und Janina Tessloff (Stark strukturierte Einrichtung Bremen gGmbH) anwesend.

Sie berichten wie folgt zum Thema:

- In Bremen herrscht fraktionsübergreifende Einigkeit über die Psychiatriereform.
- Stationsbetten werden umgewandelt in aufsuchende Teams. Ziel ist, die Menschen nicht einfach wegzusperren. Sie sollen sich irgendwann einmal wieder zu Hause versorgen können bzw. sozialräumlich versorgt werden.
- Viele Menschen mit besonderem Bedarf werden nicht in Bremen versorgt. Sie sind in Schleswig-Holstein, Niedersachsen bis nach Bayern fremd untergebracht.
- Sie brauchen intensive Betreuung und einen strukturierten Tagesablauf.
- 2017 wurde eine AG gebildet. Beschäftigt sich mit dem Thema Einrichtungen aufbauen. Was brauchen diese Menschen? Schutz, aber auch Bevölkerung um sie herum.
- Es wurden sogenannte Fürsprache- und Beschwerdestellen eingerichtet. Dort beraten Leute, die selbst Erfahrungen gemacht haben.
- Dann gab es 2023 den Senatsbeschluss.
- Die geplante Einrichtung ist keine Klinik, sondern eine Eingliederungshilfe, die von mehrere Leistungserbringer getragen wird, z.B. die AWO Integra, Initiative zur sozialen Rehabilitation und die Therapiehilfe Bremen.
- Es wurde eine neue Gesellschaft aus diesen dreien gegründet.
- Es gibt bestimmte Aufnahmekriterien.
- Die Einrichtung hat eine Kooperation mit dem Klinikum Ost.
- Es ist eine sehr gute Personalbetreuung vorgesehen. Schlüssel eins zu eins.
- Es wird ein überwachtes Tor mit einem Pförtner und einem nicht überwindbaren Zaun geben.
- Behandlungsangebot BravO (Bremer ambulant vor Ort). Sozialpsychiatrischer Dienst Ost ist Ansprechpartner.

Diskussion:

Reinhard Zwilling erkundigt sich wie neben dem Zaun sowie dem offenen Tor ein weitergehender Nachbarschaftsschutz gewährleistet werden soll. Er weist darauf hin, dass mit Belästigungen zu rechnen sei, und erkundigt sich, ob hierzu ein entsprechendes Konzept vorliege.

Ralf Bohr merkt an, dass es wichtig sei, Menschen wieder nach Bremen zu holen. Er könne nachvollziehen, dass in der Bevölkerung zunächst Befürchtungen bestünden. Aus seiner Sicht sei eine verlässliche und qualifizierte Trägerschaft von besonderer Bedeutung. Er berichtet von den Erfahrungen mit Übergangswohnheimen, bei denen es ebenfalls im Vorfeld intensive Diskussionen und Bedenken gegeben habe, die sich im Nachhinein jedoch nicht bestätigt hätten. Zudem weist er darauf hin, dass auch eine gesellschaftliche Verantwortung bestehe, und bittet die anwesenden Referent:innen, exemplarisch den Tagesablauf in der Einrichtung darzustellen.

Eine Bürgerin stellt eine Frage zum zugrunde liegenden Paragrafen und erkundigt sich, ob die Patientinnen und Patienten sich freiwillig in der Einrichtung aufhalten.

AW Janina Tessloff antwortet auf die Fragen wie folgt:

- In der Nacht ist es eine andere Situation, da genügen zwei ausgebildete Pflegefachkräfte, da die Menschen in der Nacht schlafen.
- Zur Frage des Zauns: Es wird eine Videoüberwachung geben. Das Tor wird geschlossen sein. Ein einfaches rein- und rausgehen wird nicht möglich sein.
- Zum Thema Nachbarschaftsschutz: Es ist klar geregelt wer raus gehen darf und wer gar nicht das Gelände verlassen darf.
- Es gibt eine Personalversorgung eins zu eins. Wenn sie feststellen, dass es nicht reicht, würden sie nachbessern.
- Zum Thema Paragrafen: Es können Menschen sein, die einen Unterbringungsbeschluss haben. Das entscheidet das Betreuungsgericht. Es sind ausschließlich Menschen, die sich selbst schaden würden. Sie haben alle einen Unterbringungsbeschluss.
- Die Menschen sollen sich in der Einrichtung stabilisieren, bis sie sich selbst wieder frei bewegen können. Niemand darf ohne Aufsicht allein das Grundstück verlassen.
- Zum Thema: Tagesablauf: Der Wochenplan ist für alle gleich. Es gibt feste Punkte. Es beginnt mit dem Frühstück, dann wird sich zusammengesetzt. Danach gibt es unterschiedliche Beschäftigungen, z.B. die Gruppenräume saubermachen. Es gibt den Kreativbereich und therapeutische Zeiten.

Ein Bürger berichtet vom Haus Hastedt in der Hastedter Heerstraße. Dort habe es zu Beginn ebenfalls Proteste gegeben; zudem sei die Zahl der Plätze im Verlauf reduziert worden. Vor diesem Hintergrund erkundigt er sich, wie viele Plätze in der geplanten Einrichtung vorgesehen seien. Darüber hinaus regt er an, den Kontakt zur Bevölkerung kontinuierlich aufrechtzuerhalten. Er schlägt vor, verbindliche Vereinbarungen zu treffen, eine verlässliche Kommunikationsebene zu schaffen sowie konkrete Kontaktmöglichkeiten anzubieten.

Ein weiterer Bürger erkundigt sich, ob ein separater Bereich für Frauen vorgesehen sei.

Ein dritter Bürger fragt ebenfalls nach der geplanten Kapazität der Einrichtung. Aus seiner Sicht stellten insbesondere die Nachtstunden ein Problem dar. Es handele sich um ein großes Gebäude, das nicht vollständig überblickt werden könne. Er äußert die Befürchtung, dass Patient:innen auch einen Zaun überwinden könnten. Zudem weist er darauf hin, dass bei der Einstellung neuen Personals in Bremen häufig hohe Erwartungen formuliert würden, der angestrebte Personalschlüssel jedoch aus seiner Sicht nicht eingehalten werden könne. In diesem Zusammenhang stellt er die Frage, woher das erforderliche Personal kommen solle, und äußert die Sorge, dass im Bedarfsfall vor Ort keine ausreichende Unterstützung bei Zwischenfällen verfügbar sei.

AW: Janina Tessloff antwortet auf die Fragen wie folgt:

- Es ist eine Höchstaufnahmezahl von 24 Personen vorgesehen. Die Einrichtung soll nicht voll belegt werden. 75 % der Belegung ist ausfinanziert. Sie rechnen derzeit mit einer Belegung von 20 Menschen.
- Die Einrichtung eines sogenannten Frauenflurs ist ihnen ein sehr wichtiges Anliegen. Es wird oftmals durch den Belegungsdruck verhindert.
- Die Idee einer Anwohnerbeteiligung haben sie auch. Es soll extra eine Räumlichkeit für die Bevölkerung entstehen, in dem man sich mit speziellen Themen beschäftigen oder Fachvorträge halten kann.
- Sie haben vor, erst mal einen Beirat zu gründen, der das Projekt fachlich begleiten soll.

- Zum Thema Personal: Es wird ein intensives Aufnahmeprozedere geben. Wie viel Personen in der Einrichtung untergebracht werden hängt davon ab, wie viel Personal zur Verfügung steht.
- Es ist geplant Anfang 2027 die Bevölkerung noch einmal einzuladen.

Yunas Kaya erachtet die Errichtung einer entsprechenden Einrichtung als wichtig und betont die Bedeutung eines inklusiven gesellschaftlichen Zusammenlebens. Zugleich hebt er hervor, dass auch die Bedürfnisse der Bevölkerung angemessen berücksichtigt werden müssten. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Geno derzeit mit personellen Engpässen konfrontiert sei, wodurch insbesondere die Gewinnung von Psychiater:innen erschwert werde.

Eine Bürgerin erkundigt sich, ob die Patientinnen und Patienten ausschließlich tagsüber betreut würden und wie die Betreuungssituation an Wochenenden ausgestaltet sei. Darüber hinaus fragt sie im Hinblick auf das Bauvorhaben nach der geplanten Gebäudehöhe sowie danach, ob eine Tiefgarage vorgesehen sei.

Jens Dennhardt schließt sich der Einschätzung des ersten Bürgers an und spricht sich dafür aus, dauerhaft eine feste Ansprechperson für die Nachbarschaft vorzusehen. Zudem erkundigt er sich nach dem vorgesehenen Betreuungsschlüssel und fragt, ob dieser im Umfang von acht Stunden täglich eins zu eins ausgestaltet sei. Weiterhin thematisiert er die fachliche Qualifikation des Personals.

AW: Janina Tessloff antwortet, dass eine Betreuung 24/7 stattfinden wird und sie gut besetzt sein werden. Auf das Angebot wird ein besonderer Wert gelegt. Wenn die Einrichtung ambulant nicht gut besetzt ist, dann müssen Patienten in die Klinik. Es sind besondere Voraussetzungen, um dort zu arbeiten. Es werden keine Studienanfänger eingestellt. Auch Psychologen werden vor Ort sein.

Eine weitere Bürgerin erkundigt sich, wie viele Parkplätze für die Einrichtung vorgesehen seien.

Dr. Christian Kornek bewertet es positiv, dass Orte geschaffen werden, an denen Menschen Unterstützung erhalten. Zugleich fragt er, ob Risiken für Anwohner:innen bestünden. Im Hinblick auf die Einrichtung eines Beirats regt er an, auch eine Vertretung der Anwohnerschaft einzubeziehen.

Ingo Tebje erkundigt sich nach den Möglichkeiten der Wiedereingliederung der Patient:innen und bittet um eine konkrete Darstellung des entsprechenden Ablaufs.

AW Janina Tessloff:

- Es wird ein Jobticket geben. Es stehen ausreichend Parkplätze zur Verfügung. Wie viele das sein werden, kann sie heute noch nicht sagen. Es gilt hier das geltende Baurecht.
- Zum Punkt Risiken für Anwohner:innen: Es wird auf jeden Fall ein Gremium geben. Es sollen beispielsweise runde Tische eingerichtet werden, die regelmäßig stattfinden, um Ängste abzubauen.
- Zum Thema Wiedereingliederung: Es wird nie so sein, dass ein/e Patient:in einfach so entlassen wird. Sie werden in weiteren Projekten betreut.
- Zum Thema Risiko für die Nachbarschaft: Sie haben keine Vergleiche und können das daher nicht beantworten. Es ist noch nie vorgekommen, dass die Nachbarschaft gefährdet worden wäre.

Eine weitere Bürgerin kritisiert, dass die am Vorhaben beteiligten Behörden die Anwohnerschaft deutlich früher hätten informieren müssen, um bestehende Ängste abzubauen. Sie kündigt an, ein eigenes Informationspapier zu erarbeiten, um zur Beruhigung der Nachbarschaft beizutragen. Darüber hinaus erkundigt sie sich nach der geplanten Höhe der Hecke sowie danach, welche Personengruppen künftig dauerhaft in der Einrichtung wohnen werden. Sie äußert die Befürchtung, dass sich die Nutzung perspektivisch verändern könnte und künftig auch drogenabhängige Personen aufgenommen würden, wodurch zusätzliche Problemlagen, insbesondere im Hinblick auf Beschaffungskriminalität, entstehen könnten.

Eine weitere Bürgerin bewertet das geplante Vorhaben ebenfalls kritisch. Sie führt aus, dass sie als Anwohnerin vor vollendete Tatsachen gestellt worden sei, und äußert die Sorge, dass sich der Wert ihrer Immobilie durch die Errichtung der Einrichtung mindern könnte.

Eine weitere Bürgerin erkundigt sich, wem das betreffende Grundstück gehört.

Jörn Hemming stellt klar, dass diese Information in der heutigen Sitzung nicht öffentlich benannt werde. Er führt jedoch aus, dass die Freie Hansestadt Bremen nicht Bauherrin sei. Die Entwicklung des Gebietes erfolge durch eine von Lüder Kastens gegründete GbR. Hinsichtlich der frühzeitigen Beteiligung erklärt er, dass die kurzfristige Aufnahme des Themas als Tagesordnungspunkt bereits eine sehr frühe Einbindung darstelle; eine noch frühere Behandlung sei nicht möglich gewesen.

Niels Kohlrausch wiederholt die bereits dargestellten Inhalte und erläutert, dass es sich bei der Wohneinrichtung um eine fakultativ geschlossene Einrichtung handle, die nicht dauerhaft verschlossen sei. Die dort untergebrachten Personen stellten keine Gefahr für Dritte dar, sondern allenfalls für sich selbst. Zudem führt er aus, dass im Land Bremen keine weiteren Kliniken geplant seien.

Janina Tessloff erklärt zum Thema Einfriedung, dass keine Hecke vorgesehen sei.

Jörn Hermening ergänzt, dass die Frage eines möglichen Wertverlustes von Immobilien zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden könne.

## **TOP 5: Bebauungsplan 2566 Alte Süßwarenfabrik**

Zu diesem Thema sind Claudia Schulze (SBMS) und Mareen Heppner (BPW) anwesend.

Claudia Schulze berichtet über die vergangene Einwohner:innenversammlung zu diesem Thema und führt aus, dass im Hinblick auf die zahlreichen Fragen zur verkehrlichen Situation, insbesondere zur Abwicklung des zusätzlichen Verkehrsaufkommens, ein Verkehrsgutachten erstellt werde. Der Beirat werde zu einem späteren Zeitpunkt erneut mit einem entsprechenden Verkehrskonzept befasst.

Jörn Hermening begrüßt das unterbreitete Angebot, die entsprechenden Inhalte gemeinsam mit der zuständigen Fachbehörde im Beirat vorzustellen.

Hinsichtlich des Baufortschritts führt Claudia Schulze aus, dass die Fertigstellung des Edeka-Marktes bis zum Jahresende angestrebt werde, dieses Ziel jedoch voraussichtlich nicht vollständig erreicht werden könne. Zudem erläutert sie, dass das Gesamtareal in einen südlichen und einen nördlichen Teil gegliedert sei. Der südliche Teil werde zunächst entwickelt und könne voraussichtlich schneller realisiert werden, da es sich hierbei um einen Bereich im Erbbaurecht handle.

Mareen Heppner präsentiert den Ablauf der Planung (Anlage 1)

Diskussion:

Reinhard Zwilling regt an, im Rahmen des Entwässerungskonzepts das Prinzip der „Schwammstadt“ mitzudenken. Der Vahrer Feldweg verfüge über einen offenen Graben, in den das Wasser entsprechend eingeleitet werden könne und führt aus, dass hierdurch keine zusätzlichen Kosten entstünden.

Ingo Tebbe erkundigt sich im Zusammenhang mit dem Letter of Intent (LOI) sowie dem vorgesehenen Anteil von 5 % besonderer Baufelder für Genossenschaften, ob die Ausgestaltung diesbezüglich der Justus Grosse frei überlassen sei.

Eine Bürgerin erkundigt sich nach dem Wendehammer in der Georg-Gries-Straße und fragt, aus welchem Grund dieser verlängert werden solle.

AW: Mareen Heppner antwortet auf die Nachfragen wie folgt:

- Zum Thema Retentionsfläche: Den Gedanken mit der Schwammstadt haben sie auch gehabt. Sie haben erst mal den Boden untersucht. Sie sind mit SUKW im Gespräch.
- Zum Thema besondere Wohnformen: Ja, das steht so im LOI. Ein erster Gedanke war inklusives Wohnen. Sie sind mit Werkstatt Bremen und mit der Sozialbehörde im Gespräch. Sie sind mit den Planungen erst ganz am Anfang, daher haben sie noch keine Antwort, wo die 5% letztendlich verortet werden.

Jens Dennhardt unterstreicht, dass ihm eine gesonderte Veranstaltung zum Verkehrskonzept wichtig sei. Zudem hebt er hervor, dass die Sozialwohnungsquote eingehalten werden müsse, und bedauert, dass entsprechende Wohnungen aus der Bindung fallen. In diesem Zusammenhang erkundigt er sich, in wessen Eigentum die Flächen künftig stehen sollen und ob eine Veräußerung durch die Justus Grosse vorgesehen sei. Er betont die Notwendigkeit, in Bremen dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Darüber hinaus spricht er die geplante Geschosshöhe an und bittet hierzu um nähere Informationen.

Kerstin Biegemann merkt an, dass die Höhe des Grundwassers zwingend in die Untersuchungen einbezogen werden müsse. Die erneute, separate Behandlung des Themas Verkehr bewertet sie positiv.

Ein weiterer Bürger stellt fest, dass in absehbarer Zeit zahlreiche neue Wohnungen in Sebaldsbrück entstehen werden, und erkundigt sich, wie die Versorgung der dort lebenden Kinder, insbesondere im Hinblick auf Betreuungs- und Bildungsangebote, sichergestellt werden solle. Zudem äußert er die Einschätzung, dass Verkehrsuntersuchungen aufgrund der derzeit umfangreichen Baustellensituation im Stadtteil zu verzerrten Ergebnissen führen könnten, da eine belastbare Messung aktuell kaum möglich sei.

AW Claudia Schulze:

- Zum Thema Wendehammer: Eine Verlängerung ist erforderlich, um das Baufeld fünf erreichen zu können.
- Die vorgeschriebene Sozialwohnungsquote von 30% wird eingehalten, es ist nichts anderes geplant.

- Eine Veräußerung durch den Investor kann nur die Firma Justus Grosse beantworten. Soweit ihr bekannt ist, wollen sie die Flächen erst einmal behalten.
- Zum Thema Geschosshöhe: Sie wollen erst einmal mit dem Architekten bezgl. Bauhöhe sprechen. Ende des Monats wissen sie mehr, das ist aber abhängig vom Architekten.
- Zum Thema Höhe des Grundwassers: Sie werden die Fachkollegen darauf hinweisen.

Jörn Hermening ergänzt, dass das Thema Kindertagesstätten in der kommenden Beiratssitzung behandelt werde. Auch zur Schulentwicklungsplanung sei noch im laufenden Jahr eine eigene Sitzung vorgesehen.

Ein weiterer Bürger erkundigt sich, wie viele Menschen künftig in dem Gebiet leben sollen.

Tom Hundak äußert, dass der geplante große Parkplatz aus seiner Sicht nicht sinnvoll sei und stattdessen Entsiegelungen im Stadtteil in Betracht gezogen werden sollten. Zudem fragt er, ob für die zweite Entwicklungsphase bereits verbindliche Festlegungen bestünden.

AW: Claudia Schulze antwortet auf die Fragen wie folgt:

- Es ist ein Angebotsbebauungsplan, da gibt es keine Verbindlichkeiten.
- Es sollen ungefähr 300 Wohneinheiten entstehen, das lässt sich noch nicht abschließend sagen.

Vorschlag für eine Stellungnahme des Beirates zum Bebauungsplanverfahren 2566 und 29. Änderung des FNP:

Beschlussvorschlag:

Der Beirat begrüßt die Planungen zum Bebauungsplan 2566. Besonders zu beachten sind im weiteren Verfahren:

- Verkehrsbelastungen in der Vahrer Straße
- Anlieferverkehr
- Planung einer Querungshilfe vom Plangebiet in Höhe Bevenser Straße für Fußgänger:innen und Radfahrende. Durch die in der Nähe befindlichen Schulen und Wohngebiete gibt es dort eine hohe Anzahl von Querungen zum neuen Vollsortimenter und zu den Kleingartenvereinen.
- 5% besondere Wohnformen, z.B. für Genossenschaften oder beeinträchtigte Menschen, sollen im Bebauungsplan festgeschrieben werden.

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

### **TOP 6: Antrag der CDU-Fraktion: Verschärfung der Aufsichts- und Transparenzstandards bei berufsständischen Versorgungswerken**

Dr. Christian Kornek stellt den folgenden Antrag vor:

*Der Beirat Hemelingen fordert den Senat der Freien Hansestadt Bremen auf, sich über die Bundesratsinitiative sowie in den einschlägigen Fachministerkonferenzen für eine bundeseinheitliche Verschärfung der Aufsichts- und Transparenzstandards bei berufsständischen Versorgungswerken einzusetzen. Insbesondere soll sichergestellt*

werden, dass Hemelinger Beitragszahler in gesetzlichen Pflichtsystemen wirksam vor existenziellen Verlusten geschützt werden.

Der Senat wird aufgefordert, dem Beirat Hemelingen zeitnah darzulegen:

1. welche Möglichkeiten der Senat sieht, auf eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge beim Versorgungswerk der Zahnärzte Berlin (VZB) hinzuwirken, da zahlreiche Hemelinger Bürger betroffen sind,
2. wie die staatliche Aufsicht über berufsständische Pflichtversorgungssysteme künftig so ausgestaltet werden kann, dass sie über eine rein formale Rechtsaufsicht hinausgeht, und
3. welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Transparenzpflichten der Versorgungswerke gegenüber ihren Mitgliedern zu erhöhen.

Die SPD stellt den Antrag auf Ende der Debatte.

Abstimmung:

Stellungnahme: Zustimmung (11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

Eine Person hat nicht an der Abstimmung teilgenommen.

Abstimmung über den Antrag:

Stellungnahme: Ablehnung (3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

Der Antrag wird abgelehnt.

## **TOP 7: Beiratsverschiedenes**

Aus dem GFA vom 08.04.:

Flohmarkt am Hansa-Carré – Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion

Beschlussvorschlag:

*Der Veranstalter des Flohmarktes wird aufgefordert, für den übrigbleibenden Müll der Flohmarktbesucher und -Besucher:innen eine Sammelstelle auf dem Gelände des Flohmarktes bereitzustellen und für dessen Abfuhr zu sorgen. Dafür nimmt er ja u.a. Stellplatzgebühren und Eintritt von den Besucher:innen.*

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Verunreinigungen vor dem KUBIKO

Beschlussvorschlag:

*Immobilien Bremen wird aufgefordert den Müll vor dem KUBIKO regelmäßig zu beseitigen und den Bereich zu reinigen. Die zuständigen Stellen werden aufgefordert dauerhafte Lösungen gegen die ständigen Verunreinigungen zu erarbeiten.*

*Der Beirat bittet in diesem Zusammenhang um Prüfung folgender Punkte:*

- Videoüberwachung
- Aufstellen von Schildern
- bessere und zeitlich längere Beleuchtung und weitere Maßnahmen

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

### Bürgerantrag Grünstation Hemelingen

Beschlussvorschlag:

*Die Grünstation Hemelingen ist auch in diesem Jahr wieder sehr häufig geschlossen. Der Beirat fordert daher die DBS auf, eine Vertretungsregelung für die Grünstation zu schaffen. Damit soll auch bei Krankheit einzelner Mitarbeiter:innen der Betrieb aufrechterhalten werden. In diesem Zusammenhang fragt der Beirat, an wie vielen Tagen im Jahr 2025 die Grünstation Hemelingen geöffnet hatte, an wie vielen Tagen geschlossen war sowie wie viele Öffnungstage regulär geplant waren.*

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

### 013-2026-B Benennung BZA Hemelingen

Beschlussvorschlag

*Der Beirat Benennt gem. §10 (1) Nr. 8 BeirOG die Bezirkssportanlage Hemelingen in Max-Lorenz-Bezirkssportanlage um.*

Stellungnahme: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

### Anschaffung Mobiler Mast GMT:

Der Beirat finanziert die Anschaffung eines mobilen Masten für GMT aus seinem Verkehrsbudget.

Kosten:

Anschaffung 1.999,20 €

Gemeinkostens BSAG 5% 100 €

Kosten pro Versetzung 700 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

### Beschluss zur Sicherheit Sebaldstraße/ Spielplatzausgang Schlosspark

Der Beirat wünscht sich die Aufbringung eines Piktogramms Dreieck -Rot mit spielenden Kindern- und finanziert dies aus dem Stadtteilbudget Verkehr.

Der Beirat beschließt die Übernahme der Kosten aus dem Verkehrsbudget.

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

### Konzept Barrierefreiheit Hemelingen

Der Beirat vergibt Mittel in Höhe von 5.000€ für die Erstellung eines Barrierekatasters für den Stadtteil Hemelingen aus seinem Verkehrsbudget entsprechend des Angebotes von p+t Planung.

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

### Parken Kleine Westerholzstraße

Beschlussvorschlag:

Der Beirat fordert das Parken in der Kleinen Westerholzstraße neu zu sortieren und das behindernde aufgesetzte parken dort zukünftig zu unterbinden. Z.B. wäre einseitiges Parken

anzuordnen, ggf. mit Markierung der Parkstände. Die Maßnahme soll aus Mitteln des Stadtteilbudgets Verkehr finanziert werden.

Das Ordnungsamt wird aufgefordert diesen Bereich als Schwerpunktaktion häufiger zu kontrollieren, auch abends und am Wochenende.

Stellungnahme: Zustimmung (9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

#### Globalmittelvergabe

##### 01 Kinderfreizeit (Antrag 36)

Antragsteller: Kirchengemeinde St. Raphael

Gesamtausgaben: 17.050,00 €

Antragssumme: 1.500,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 1.500,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung)

##### 02\_ Zeltlager (Antrag 37)

Antragsteller: Kirchengemeinde St. Raphael

Gesamtausgaben: 23.700,00 €

Antragssumme: 1.500,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 1.500,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung)

#### Nächste Beiratssitzung

Die nächste Beiratssitzung soll am 07.05.2026 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Hemelingen stattfinden.

Geplante Themen:

- Aktueller Sachstand Programm „Kinder in die Kitas“, aktueller Sachstand KITA Anmeldungen und KITA-Bau
- Grundschule Glockenstraße – Planungen zur Sanierung und zum Ganztagsausbau
- Bebauungsplan 2502 Rennbahn West

gez. Hermening  
Vorsitzender

gez. Jahn  
Beiratssprecher

gez. Liedtke  
Protokoll